

Wer mit wem in der Energiepolitik? Eine Analyse des öffentlichen Diskurses über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014

Bahnsen, Oke; Linhart, Erik; Tosun, Jale

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bahnsen, O., Linhart, E., & Tosun, J. (2016). Wer mit wem in der Energiepolitik? Eine Analyse des öffentlichen Diskurses über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 9(1), 109-134. <https://doi.org/10.3224/dms.v9i1.23645>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Oke Bahnsen/Eric Linhart/Jale Tosun

Wer mit wem in der Energiepolitik? Eine Analyse des öffentlichen Diskurses über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014

Zusammenfassung

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stellt eine wesentliche Säule der Energiewende in Deutschland dar. An ihm werden Maßgaben und Zielvorstellungen deutscher Energiepolitik insgesamt sichtbar. Mithilfe einer Analyse des öffentlichen Diskurses um die EEG-Novelle 2014 zeigen wir auf, welche Akteure die öffentliche Deutungshoheit in der deutschen Energiepolitik besitzen, mit welchen Argumenten sie den Diskurs prägen und welche Akteure sich hierbei argumentativ nahe stehen. Daraus lassen sich folgende Erkenntnisse gewinnen: i) Der Diskurs wird von Parteien und politischen Institutionen dominiert; ii) die Novelle wird häufiger kritisiert als verteidigt; iii) ökonomische Argumente prägen den Diskurs deutlich stärker als ökologische, wobei iv) insbesondere die Verteilungswirkungen des EEG bemängelt werden; v) die Regierung als Unterstützerin der Reform ist weitgehend isoliert und bewertet auch intern die Reform nicht einheitlich.

Schlagworte: Erneuerbare-Energien-Gesetz, Energiepolitik, Diskursanalyse, advocacy coalitions, Interessengruppen

Abstract

Advocacy coalitions in the German energy policy: A discourse analysis of the German Renewable Energy Act Amendment 2014

The German Renewable Energy Act (EEG) is an essential pillar of the energy transition in Germany and reveals objectives of the overall German energy policy. This article analyses the public discourse on the German Renewable Energy Act Amendment 2014. This allows us to detect which actors predominantly impact the discussion and which arguments they use. Our main findings are: i) political parties and institutions dominate the discourse; ii) the Act is criticized more often than it is defended; iii) economically framed arguments occur much more often than ecological statements; iv) in particular, the distributive effects of the amended EEG 2014 are criticized very often; v) the government as supporter of the reform is largely isolated and split by internal discussions on its evaluation.

Key words: German Renewable Energy Act, energy policy, discourse analysis, advocacy coalitions, interest groups

1 Einleitung¹

Zur Durchsetzung eigener Ziele ist für politische Akteure die Erlangung der öffentlichen Deutungshoheit über Themen von Relevanz (Ullrich 2008). Dies gilt für politische Parteien, die Politik nur unter erschwerten Bedingungen gegen die öffentliche Meinung betreiben können (Manza/Cook 2001) wie auch für Lobbygruppen, für die die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu den wichtigsten Methoden der Interessenvermittlung zählt (von Alemann/Eckert 2006). Verschiedene Autoren (Sabatier 1988; Baumgartner u.a. 2009)

weisen hierbei darauf hin, dass weniger Aussagen einzelner politischer Akteure wirkmächtig sind, sondern dass vor allem Akteursgruppen, die wechselseitig ihre Argumente stärken, wahrgenommen werden. *Klüver* (2012) hat dies für legislative Prozesse in der Europäischen Union bestätigt.

Trotz der Relevanz solcher Lobbyingkoalitionen (oder allgemeiner gesprochen – da nicht nur Lobbygruppen an solchen Koalitionen beteiligt sein müssen – von *advocacy coalitions*; vgl. *Sabatier* 1987, 1988) zur Erlangung der öffentlichen Deutungshoheit und damit mutmaßlich zur Politikbeeinflussung ist die Frage, welche Akteure oder Typen von Akteuren *advocacy coalitions* miteinander bilden, empirisch bisher unterforscht. Diese Lücke möchten wir mit unserem Aufsatz verkleinern und untersuchen argumentative Nähen politischer Akteure am Beispiel der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die im Juni 2014 vom Bundestag beschlossen wurde und am 1. August 2014 in Kraft trat (*Kahl* 2015).

Das Politikfeld „Energie“ und insbesondere die Novelle eignen sich aus verschiedenen Gründen hervorragend als Fallstudie. Erstens findet trotz des grundsätzlichen politischen Konsenses über die Notwendigkeit der Energiewende (*Mautz* 2012; *Jahn/Korolczuk* 2012; *Tosun/Fleig/Debus* 2015) nach wie vor eine Debatte über die Wirkungen des EEG statt (*Kahl/Bews* 2015), zuletzt wieder insbesondere vor dem Hintergrund der EEG-Novelle 2016. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) hat im Zuge der Energiewende zu sozialen Spannungen geführt; vor allem der Ausbau der Windenergie führte zu Protesten (*Burningham/Barnett/Walker* 2015; *Tosun/Fleig/Debus* 2015), aber auch die Folgen verstärkter Biogasproduktion sind nicht unumstritten (*Herbes* u.a. 2014a; *Linhart/Dhungel* 2013). Die notwendige Bedingung eines kontroversen und in der Öffentlichkeit sichtbaren Gegenstands wird also erfüllt. Zweitens handelt es sich über die notwendige Bedingung hinaus um ein Thema von hoher politischer Relevanz. In einer Umfrage unter Landespolitikern schätzten diese die Energiepolitik als dritt wichtigsten von 27 abgefragten Geschäftsbereichen ein, einzelne Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen sogar als wichtigsten (*Linhart/Windwehr* 2012; S. 589, 592). Auch in der öffentlichen Diskussion kommt den Themen der kurz- und langfristigen Energieversorgung eine so große Bedeutung zu, dass sie zuweilen gar zum „zentralen Entscheidungsfeld für ganze Volkswirtschaften“ (*Mast/Stehle/Krüger* 2010, S. 8) erklärt werden. Zumindest aber gelten sie als so relevant, dass sie Wahlausgänge mitbeeinflussen können (siehe etwa *Gabriel/Kornelius* 2011; *Gothe* 2011), sodass sich für politische Akteure ein Kampf um die Meinungshoheit lohnt. Drittens zeigen bisherige Analysen der öffentlichen Diskurse im Zusammenhang mit EE und fossilen Energieträgern für einzelne Branchen wie Biogas (*Herbes* u.a. 2014a, 2014b; *Linhart/Dhungel* 2013), Windenergie (*Bernhardt* 2013; *Gregorowius/Zepp* 2006) oder Fracking (*Tosun/Lang* 2016), dass zahlreiche Akteure auch aus angrenzenden Politikfeldern beteiligt sind, was eine sinnvolle Identifikation breiter *advocacy coalitions* über ein einzelnes Politikfeld hinaus erst ermöglicht. Der Diskurs zum EEG insgesamt wurde bisher hingegen noch nicht analysiert, sodass unser Beitrag viertens auch eine echte Forschungslücke darstellt.²

Um unserer Fragestellung nachzugehen, legen wir zunächst die theoretischen Grundlagen, indem wir wesentliche Erkenntnisse der politischen Kommunikation darstellen und die von uns verwendete Methode der Diskursanalyse beschreiben (Abschnitt 2). Anschließend geben wir einen inhaltlichen Kurzüberblick über die Rolle der Energiewende in der deutschen Energiepolitik (Abschnitt 3). In Abschnitt 4 präsentieren und diskutieren wir unsere Ergebnisse, bevor wir in Abschnitt 5 mit einem kurzen Fazit schließen.

2 Die Relevanz von Diskursen für den politischen Prozess

Die Prägung öffentlicher Diskurse ist für Kommunikatoren (etwa Parteien, politische Institutionen oder Interessengruppen) relevant, um Einfluss auf die Vermittler (Medienorganisationen) zu gewinnen und dadurch ihre Botschaft an den Rezipienten (politische Entscheider oder auch Wähler) zu bringen (Vowe/Dohle 2007; Schulz 2011). Für Parteien ist diese Form der politischen Kommunikation wichtig, um ihrem Machtanspruch öffentlich Ausdruck zu verleihen und Einfluss auf die Wähler wie auch auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu gewinnen (Klingemann/Voltmer 1998; Sarcinelli 2011; Jarren/Donges 2011). Langenbucher/Lipp (1982, S. 232) sprechen gar von einem „kommunikativen Kontrollanspruch der Parteien“. Parteien in Regierungsverantwortung nutzen politische Kommunikation darüber hinaus zur „Entscheidungsvorbereitung nach innen und außen“ (Gebauer 1998, S. 464) wie auch zur Stabilisierung des Politikprozesses, indem für Regierungshandeln geworben wird (Pfetsch 1999). Medien als Kommunikationsarena werden von Parteien auch deshalb besonders geschätzt, weil ihren Aussagen eine größere Glaubwürdigkeit zugesprochen wird, als wenn sie direkt an den Rezipienten gerichtet werden (Althoff 2008, S. 103ff.).

Auch für andere politische Akteure wie Interessengruppen ist mediale Präsenz hochrelevant. Wenngleich das Spektrum möglicher Methoden der Interessendurchsetzung sehr breit ist (von Alemann/Eckert 2006, S. 6) und neben der Öffentlichkeit andere Adressaten wie Ministerien und Parlamente durchaus eine gewichtige Rolle spielen (siehe für einen Überblick Sebaldt/Straßner 2004), so bemerkt von Beyme bereits 1980, dass Versuche verbandlicher Einflussnahme in der Regel „vom Appell des Verbandes an die öffentliche Meinung begleitet“ sind (von Beyme 1980, S. 155). Dies gilt verstärkt in „einer Zeit, in der politische Entscheidungen vor ihrer offiziellen Verabschiedung zunehmend öffentlich diskutiert werden“ (ohne Autor 2007, S. 241). Auch Speth (2010, S. 13) weist darauf hin, wie wichtig es für Interessengruppen ist, ihre Standpunkte medial zu *framen*, „also die Art der Wahrnehmung eines Themas“ zu bestimmen (siehe auch Voss 2010). Hierbei gehören eigene Pressemitteilungen und direkte Gespräche mit Journalisten zu den wichtigsten Methoden; die Fachpresse und die überregionale Tagespresse stellen zentrale Ansprechpartner dar (Sebaldt 1997, S. 321-324). Wie oben bereits erwähnt, ist dies am wirkmächtigsten, wenn Argumente und Forderungen in *advocacy coalitions* gemeinsam vorgetragen werden: „Besteht Einigkeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessenvertretern, wird die Politik nur in den seltensten Fällen eine entgegengesetzte Regelung treffen“ (Bender/Reulecke 2004, S. 166).

Da die Kommunikationsstrategie der starken Medienpräsenz jedoch nicht eigenständig gewählt werden kann, sondern im Gegenteil die Medien selbst bestimmen, welche Sichtweisen und Problemdeutungen Einzug in ihr Medium erhalten und damit als „Gatekeeper“ (White 1950) fungieren, gibt eine Medienanalyse Aufschluss über den Erfolg eines Akteurs im „Kampf um Aufmerksamkeit“ (Jun 2009) und damit über seine Meinungsmacht.

Um den Erfolg politischer Akteure zu medialem Zugang und argumentative Koalitionen dieser Akteure zu untersuchen, ist die Diskursanalyse eine geeignete Methode. Während der Diskursbegriff maßgeblich durch Foucault (1972) geprägt wurde und die Diskursanalyse ursprünglich als rein konstruktivistische Methode verwendet wurde, konzentriert sich die stärker empirisch ausgerichtete Analyse von Diskursen in der Regel darauf, die Positionen und das Einflusspotenzial von Akteuren und Akteurskoalitionen zu

identifizieren und zu prüfen, welche Argumentationslinien einen Diskurs prägen (*Gamson/Modigliani* 1989; *Kerchner/Schneider* 2006, S. 10) und bietet sich daher genau als Methode für unseren Untersuchungsgegenstand an. Hierbei existiert ein breiter Kanon an verschiedenen Methoden (*Kerchner/Schneider* 2006, S. 11; siehe auch *Schneider u.a.* 2009; Kapitel 6); eine allgemein als Standard akzeptierte Vorgehensweise der politikwissenschaftlichen Diskursanalyse hat sich bislang allerdings noch nicht etabliert (*Ulrich* 2008, S. 22). Unser Ansatz folgt überwiegend dem Vorgehen von *Gamson/Modigliani* (1989) und *Ferree u.a.* (2002), die mit einer Berücksichtigung sowohl qualitativer als auch quantitativer Elemente Vorzüge verschiedener Vorgehensweisen kombinieren. Im Fokus dieser Vorgehensweise stehen vor allem zwei Fragen: die nach dem Standing der den Diskurs prägenden Akteure und die nach der Dominanz bestimmter Argumente in dem Diskurs.

Die Analyse des akteurspezifischen Standings gibt Aufschluss darüber, wie erfolgreich individuelle oder kollektive Akteure ihre Argumente in den untersuchten Medien platzieren können. Auch indirekte Nennungen eines Akteurs können Hinweise darauf geben, wie stark Akteure einen medialen Diskurs prägen (*Ferree u.a.* 2002, S. 86) und damit über Macht im Sinne der Deutungshoheit über ein Thema verfügen. Die argumentativ-inhaltliche Struktur von Diskursen wird mithilfe einer *Frame*-Analyse untersucht (*Goffman* 1974; *Gitlin* 1980). Dadurch, dass in Diskursen kollektive Deutungsmuster identifiziert werden können, lässt sich der inhaltliche Aufbau des Diskurses in verschiedene *Frames* (im Sinne von Bezugsrahmen) kategorisieren. Gerade die Konkurrenz dieser Wahrnehmungsmuster prägt den Verlauf von Diskursen und die Konstruktion gesellschaftlich-politischer Konfliktlinien (*Keller* 2011; *Scheufele/Tewksbury* 2006). Dabei unterliegt die konkrete Ausdifferenzierung dieser Konfliktlinien den Anforderungen der vorliegenden Forschungsfrage; die gewählte Methode macht hier keine Vorgaben (vergleiche etwa die *Frame*-Systeme von *Hess u.a.* 2012 und *Gamson/Modigliani* 1989).

Durch die Bereitstellung von *Frames* versuchen konkurrierende Akteursgruppen, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Beteiligte Akteure versuchen hierbei, eine möglichst große Anzahl an Unterstützern zu gewinnen (*Kivimaa/Mickwitz* 2011). Dies setzt die Fähigkeit voraus, ein Problem derart zu *framen*, dass eine bis dato uninteressierte bzw. nur wenig interessierte Öffentlichkeit in die Diskussion eingebunden wird. Auf diese Weise wird der Einfluss der jeweiligen argumentativen Koalition vergrößert und damit auch deren Möglichkeiten, auf das Ergebnis des politischen Prozesses einzuwirken.

3 Die Energiewende im Rahmen deutscher Energiepolitik

Der Ausbau der EE ist das zentrale Instrument zur Erreichung der Maßgaben deutscher Energiepolitik. Integraler Bestandteil dieser Politik stellen die Dekarbonisierung der Energiegewinnung, der Ausstieg aus der Atomenergie und die Reduktion von Treibhausgasemissionen dar (siehe *BMWi* 2014, S. 11-12). Dieser Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung, die Energiewende, wurde seit den 1990er-Jahren durch politische Regularien forciert (für einen Überblick siehe *Jacobsson/Lauber* 2006; *Hellige* 2013; *Vossler* 2014).

In einer ersten Phase trat 1991 das Stromeinspeisungsgesetz in Kraft, das die Abnahme von Strom aus EE zu Mindestpreisen gewährleistete – eine Politikinnovation, die von

zahlreichen Staaten und der Europäischen Union übernommen wurde (Jacobs 2012). Diese Subventionspolitik wurde in einer zweiten Phase mit der Verabschiedung des EEG im Jahr 2000 reformiert (für einen Überblick siehe Ergen 2015). Die Vergütungssätze des EEG richten sich nach Technologie sowie Größe und Standort der Anlagen. Die Subventionshöhe ist nicht mehr vom Strompreis abhängig, sondern fixiert und für 20 Jahre garantiert; zudem wurde eine Degression in den Vergütungssätzen eingeführt. Das EEG wurde zuletzt im Jahr 2014 novelliert. Eine besonders wichtige Reformkomponente bezieht sich darauf, dass die Erzeuger von EE den produzierten Strom nunmehr selbst vermarkten und hieraus einen Marktpreis sowie eine Marktprämie erhalten. Auf diese Weise soll die Stromerzeugung aus EE „langfristig in einen wettbewerblichen Marktmechanismus“ integriert werden, was einen „Paradigmenwechsel“ darstellt (Kahl 2015, S. 188).

Politikwissenschaftlich erfährt die akteurszentrierte Analyse öffentlicher Diskurse im Kontext der Energiewende und der deutschen Energiepolitik insgesamt zunehmend Beachtung. So konnten etwa Jacobsson/Lauber (2006) und Stefes (2010) bezugnehmend auf das gesamte Politikfeld aufzeigen, dass sich ein energiepolitischer Diskurs herausgebildet hat, bei dem sich die Vertreter der EE den Vertretern der fossiler Energien argumentativ gegenüberstehen.³ In der Vergangenheit hat die sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland jedoch vornehmlich die medialen und politischen Debatten besonders um einzelne Energiequellen untersucht. Für die Biogasbranche konnten Linhart/Dhungel (2013) nachweisen, dass Interessengruppen den medialen Diskurs am stärksten prägen, wobei ökologische Interessengruppen eine größere Meinungsmacht aufweisen als agrarische. Außerdem wurde in Übereinstimmung mit Herbes u.a. (2014a) gezeigt, dass eher ökologische als ökonomische, ethische und ästhetische Argumentationslinien den gesellschaftlichen Diskurs prägen. Indes legen Gregorowius/Zepp (2006) unter Verwendung von Informationsquellen aus Literatur, Presse und Internet für die Offshore-Windkraft dar, dass der mediale Diskurs um dieses Themenfeld insgesamt einen energie- und wirtschaftspolitischen Einschlag aufweist und erst nachrangig durch ökologische Argumentationslinien geprägt wird (Gregorowius/Zepp 2006, S. 125f.). Auch die sich gegenüberstehenden *advocacy coalitions* unterscheiden sich hierbei von Diskurs zu Diskurs. Mal verlaufen die Fronten eher zwischen unterschiedlichen Parteien, mal stärker zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ebenso stehen sich im Vermaisungs-Diskurs Bauernverband und Umweltverbände gegenüber, während im Windkraft-Diskurs Konfliktlinien zwischen einzelnen ökologischen Interessengruppen stärker auftreten (Gregorowius/Zepp 2006; Linhart/Dhungel 2013).

In ihrer Analyse zur EEG-Novelle 2012 stellen Herbes u.a. (2014a) fest, dass die Deutungshoheit über Probleme in kleineren Politikfeldern von übergeordneten und angrenzenden Metadiskursen beeinflusst wird. Eine entsprechend ganzheitliche Betrachtung stellen Mast/Stehle/Krüger (2011) für das Kommunikationsfeld „Strom, Gas, Wasser“ bereit. Demnach prägen vor allem Parteien und politische Institutionen die öffentliche Rezeption der Themen Kernenergie und Versorgungssicherheit, während Wirtschaftsvertreter die mediale Meinung zu den Themen Unternehmenspolitik sowie Markt und Wettbewerb dominieren.

4 Analyse der Akteure und Argumente im Diskurs um die Novelle des EEG 2014

Auch unsere Arbeit wirft einen breiten Blick auf die deutsche Energiepolitik. Im Gegensatz zu *Mast/Stehle/Krüger* (2011) wird dabei jedoch mit der EEG-Novelle 2014 ein konkretes Politikvorhaben herangezogen, das sich als energiepolitisches Querschnittsthema hervorragend eignet, um bestehende Akteursstrukturen und Argumentationslinien im Bereich der EE aufzudecken. Aufgrund des relativ kurzen Zeitraums, in dem der Gesetzgebungsprozess medial intensiv begleitet wurde, waren die Positionen der beteiligten Akteure zudem vergleichsweise stabil. Während es auch sinnvoll sein kann, Positionswandel zu untersuchen, besitzt unsere Studie daher den Vorteil, auf weitgehend fixen Positionen zu basieren und von der Variablen der zeitlichen Veränderung von Positionen abstrahieren zu können. Nicht zuletzt liefert die vorliegende Arbeit ein aktuelleres Bild des medialen Diskurses, wobei die Medieninhaltsanalyse anders als bei *Mast/Stehle/Krüger* (2011) keinen regionalen Schwerpunkt besitzt.

4.1 Datengrundlage

Als Datengrundlage ziehen wir die bedeutendsten Tageszeitungen der deutschen Qualitätspresse (vgl. etwa *Rudzio* 2011) heran. Dabei berücksichtigen wir diejenigen Printmedien mit nationaler Reichweite, die eine Auflage von mindestens 150.000 Exemplaren erzielen (Stand: 1. Quartal 2014, siehe *IVW* 2015). Für den Beginn der Debatte um die Novelle des EEG im Januar 2014 trifft dies auf die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und die *Welt* zu (siehe auch *Leifeld* 2013). Diese Tageszeitungen stellen aufgrund ihrer Reichweite große und einflussreiche Plattformen für gesellschaftliche Debatten dar, was insbesondere für Akteure von Bedeutung sein sollte, die darauf abzielen, Diskurse nach ihren Vorstellungen zu prägen. Gleichzeitig ist mit dieser Auswahl garantiert, dass nicht einseitig als konservativ oder als links geltende Medien unsere Analysegrundlage bilden.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Vorstellung des Eckpunktepapiers von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am 18. Januar 2014, das Reformvorschläge, die bereits im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 angekündigt wurden, konkretisierte. Die darin enthaltenen Maßgaben für die künftige Förderung stellen die zentrale Grundlage für die anschließende Debatte gesellschaftlicher Akteure dar. Am 27. Juni 2014 wurde die Reform des EEG schließlich durch den Bundestag gebilligt. Dieser Stichtag legt das Ende des Beobachtungszeitraums fest.⁴ Betrachtet wurden dabei alle Artikel, die die Schlagwörter „EEG“ oder „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ beinhalteten. Nach Ausschluss von Artikeln, die diese Stichworte zwar enthielten, sich thematisch aber mit anderen Inhalten beschäftigten, gehen 291 Zeitungsartikel in die weitere Analyse ein – 64 aus der SZ, 168 aus der FAZ und 59 aus der Welt.

4.2 Die relevanten Akteure im Diskurs um die EEG-Novelle

Nach der Auswertung dieser 291 Artikel lassen sich insgesamt über 200 verschiedene Akteure aus Politik, Unternehmen, Verbänden, Medien, Wissenschaft und anderen Berei-

chen identifizieren, die sich am Diskurs beteiligen. Die Mehrheit hiervon kommt allerdings nur einmalig zu Wort; lediglich 86 Akteure äußern sich in mehr als einem Zeitungsartikel. Tabelle 1 fasst die am Diskurs beteiligten Akteure nach Gruppen zusammen und listet die wichtigsten Vertreter der einzelnen Gruppen auf. Die Werte in Klammern geben an, wie häufig sich ein Akteur zu Wort melden konnte.

Tabelle 1: Akteure im Diskurs um die Novelle des EEG 2014

Politik (319)	Unternehmen (74)	Interessengruppen (128)	Medien (47)	Wissenschaftler (18)	Andere (1)	Unklar (11)
Bundeswirtschaftsministerium/ SPD (56)	Deutsche Bahn (4)	Bundesverband der Deutschen Industrie (17)	Frankfurter Allgemeine Zeitung (26)	Wirtschaftswissenschaftler (8)	Demonstranten (1)	Solarbranche (3)
Länder/ SPD (43)	Berliner Verkehrsbetriebe (4)	Verbraucherzentrale Bundesverband (10)	Die Welt (11)	Juristen (5)		Naturschützer (1)
Bündnis90/Die Grünen (37)	Thyssen-Krupp (4)	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (8)	Süddeutsche Zeitung (10)	Umweltwissenschaftler (4)		Vertreter der Energiewirtschaft und der Industrie (1)
EU-Kommission (31)	BASF (4)	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (7)		unspezifiziert (1)		Vertreter der energieintensiven Branchen (1)
CDU/CSU (30)	Nordex (3)	Bundesverband Solarwirtschaft (7)				Ökostrombranche (1)
Länder/ Bündnis90/Die Grünen (27)	Deutsche Energie-Agentur (2)	Verband der Chemischen Industrie (6)				Windbranche (1)
SPD (19)	kleinere Bahnen (2)	Wirtschaftsvereinigung Stahl (5)				Fachleute (1)
Länder/ CDU/CSU (17)	50Hertz (2)	Bundesverband Windenergie (5)				Umweltschützer (1)
Länder (11)	Enercon (2)	Deutscher Mieterbund (4)				Industrievertreter (1)
Bundesregierung/ CDU/CSU (10)	Industrie (2)	Agora Energiewende (4)				
Bundesregierung (6)	EON (2)	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (3)				
Die Linke (6)	juwi (2)	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (3)				
Bundeswirtschaftsministerium (5)	41 weitere Unternehmen mit je einer Nennung	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (3)				
Verwaltung (5)		Allianz pro Schiene (3)				
Opposition (3)		16 weitere Interessengruppen mit je zwei Nennungen und 27 mit je einer Nennung				
FDP (3)						
Bundesrat (2)						
Bundesverkehrsministerium/CDU/CSU (2)						
Bundeslandwirtschaftsministerium/ CDU/CSU (2)						
EU-Parlament (1)						
Umweltpolitiker (1)						
Kommunen/ SPD (1)						
Kommunen/ CDU/CSU (1)						

Quelle: eigene Darstellung.

Blickt man zunächst darauf, wie sich die insgesamt 598 Äußerungen auf die einzelnen Gruppen aufteilen, so zeigt sich eine starke Prägung des Diskurses durch Akteure aus dem Bereich Politik. Sie äußern sich rund 320 Mal und vereinen so 53% aller Nennungen auf sich. Interessengruppen besitzen mit 128 Äußerungen (21%) einen deutlich kleineren Anteil. Unternehmen kommen in 74 Beiträgen (12%) zu Wort, während Wissenschaftler mit

18 Platzierungen von Argumenten (3%) kaum eine Rolle spielen. Erklärungswürdig sind die 47 hier aufgeführten Nennungen (8%) der Medien. Selbstverständlich tauchen alle Argumente des Diskurses in den von uns untersuchten Medien auf. Bei diesen Nennungen handelt es sich allerdings explizit um direkte Argumentationen der Verfasser, häufig in Form von Kommentaren, ohne dass auf andere Akteure referiert wird. Die restlichen 2% verteilen sich auf sonstige Akteure oder solche, die den Gruppen nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Diese Zusammensetzung der Wortmeldungen steht im Gegensatz zu den Beobachtungen bei *Mast/Stehle/Krüger* (2011), die eine gleichmäßige Beteiligung politischer und wirtschaftlicher Akteure an energiepolitischen Diskursen ausgemacht hatten. Weiter kommt den Interessengruppen in der Debatte um die EEG-Novelle 2014 eine eher untergeordnete Rolle zu, während sie den Diskurs um das energiepolitische Themenfeld der Biogaserzeugung dominieren (*Linhart/Dhungel* 2013). Diese Unterschiede können mit Verweis auf die Tatsache erklärt werden, dass wir einen konkreten Gesetzgebungsprozess analysieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich an diesem politischen Aushandlungsprozess Vertreter der öffentlichen Verwaltung und der politischen Parteien besonders stark beteiligen. In Einklang mit Ergebnissen früherer Studien steht hingegen die geringe mediale Bedeutung der Wissenschaft (siehe etwa *Mast/Stehle/Krüger* 2011).

Betrachtet man die wichtigsten Akteure in den einzelnen Gruppen im Detail, so gilt es für die größte Gruppe, den Bereich Politik, zunächst ein Problem zu lösen. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen sind die Akteure hier nicht vollständig disjunkt. So gelingt es beispielsweise sowohl der SPD als auch dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Argumente im Diskurs über die EEG-Novelle zu platzieren. Zum Teil lassen sich die Äußerung eindeutig einer der beiden Akteure zuordnen. So dürfte wenig umstritten sein, dass ein Sprecher des BMWi eben die Position des Ministeriums darlegt, während die Generalsekretärin der SPD für ihre Partei spricht. Äußert sich hingegen Sigmar Gabriel, der sich als SPD-Parteivorsitzender und Bundeswirtschaftsminister in einer Doppelrolle befindet, lässt sich nicht eindeutig herleiten, in welcher Funktion er sich äußert und ob er primär für die Partei oder die Behörde spricht. Um die Analyse so transparent wie möglich zu gestalten, listen wir in Tabelle 1 Nennungen von Akteuren in Doppelfunktion separat auf. Für die folgende Interpretation fassen wir alle Nennungen von Mitgliedern des jeweiligen kollektiven Akteurs zusammen und subsumieren in der jeweiligen Kategorie auch Äußerungen von Akteuren in Doppelfunktion. Tabelle 2 gibt die zugehörige Übersicht.

Tabelle 2: Nennungen durch Akteure im Bereich Politik aufgeschlüsselt nach Parteien und politischen Ebenen

Aufschlüsselung nach Parteien	Aufschlüsselung nach politischer Ebene
SPD (119)	EU (32)
Bündnis 90/Die Grünen (64)	Bund (83)
CDU/CSU (62)	Länder (100)
Die Linke (6)	Kommunen (2)
FDP (3)	

Quelle: eigene Darstellung.

Betrachtet man zunächst die Aufschlüsselung nach Parteien, so fällt die starke Rolle der SPD auf. Ihre 119 Argumente entsprechen 37% der Nennungen aus dem Bereich Politik und 20% der Nennungen im Diskurs insgesamt. Die SPD hat damit das beste Standing im Kampf um die Meinungshoheit dieses Diskurses. Zum Teil resultiert dies daraus, dass die SPD den Bundesminister für Wirtschaft und Energie stellt, der sich alleine schon 56 Mal in die Debatte einbringen kann. Einigermaßen gleichauf folgen Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU mit 64 bzw. 62 Stellungnahmen. Für die Union ist dieser Wert gemessen an ihrer sonstigen Bedeutung im politischen System als mit Abstand größter Bundestagsfraktion und größter Regierungspartei vergleichsweise schwach; sie bleibt deutlich hinter ihrem kleineren Koalitionspartner zurück. Dass die Grünen als kleinste im Bundestag vertretene Fraktion ein ähnlich hohes Standing besitzen wie die Union, ist bemerkenswert – insbesondere im Vergleich mit der Linken, die nur sechs Argumente platziert hat und damit fast vernachlässigt werden kann. Als Grund für diese Diskrepanz vermuten wir politikfeldspezifische Effekte. So zeigen *Linhart/Windwehr* (2012, S. 592-593) in einer Befragung von Landespolitikern, dass grüne Politiker den Geschäftsbereich Energie als wichtigsten für ihre Partei überhaupt einschätzen, während Politiker der CDU und CSU diesen Bereich als weniger relevant einschätzen als Vertreter anderer Parteien. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass die FDP als einzige nicht im Bundestag vertretene Partei Argumente im Diskurs um die EEG-Novelle unterbringen kann, wenn auch in sehr geringem Maße.

Schlüsselt man die Akteure im Bereich Politik nach den politischen Ebenen auf, so ist zunächst festzuhalten, dass alle Ebenen von den Kommunen über die Länder und dem Bund bis hin zur EU mit Argumenten vertreten sind, wenngleich die Kommunen mit zwei Nennungen vernachlässigt werden können. Alle anderen drei Ebenen beteiligen sich mit mindestens 32 Medienauftritten (EU, 10% Anteil im Bereich Politik, 5% insgesamt) nennenswert an dem Diskurs. Auffällig ist die herausgehobene Stellung der Länderebene mit 100 Nennungen (31% Anteil im Bereich Politik, 17% insgesamt), deren Vertreter sich am häufigsten zu Wort melden. Dies unterstreicht die generelle Bedeutung der Länder in der Energiepolitik. Es muss allerdings eingeräumt werden, dass die Akteure, die wir als reine Vertreter der Parteien eingeordnet haben, in dieser Aufschlüsselung nicht berücksichtigt sind, solange sie nicht gleichzeitig für Ministerien oder Ähnliches sprechen. Von diesen Politikern sind 63 überwiegend auf Bundesebene tätig, aber nur 17 auf Länderebene. Zählt man diese hinzu, so überwiegen Äußerungen von der Bundesebene gegenüber solchen der Landesebene mit 146 zu 117.

Speziell erwähnenswert ist die komplette Nicht-Beteiligung des Bundesumweltministeriums an dem Diskurs (vgl. Tabelle 1), die in starkem Widerspruch zu früheren Arbeiten steht (etwa *Jacobsson/Lauber* 2006). Hieran lassen sich Auswirkungen des Neuzuschnitts einiger Ministerien nach der Bundestagswahl 2013 erkennen (der Geschäftsbereich Energie ging vom Umwelt- vollständig an das Wirtschaftsministerium, entsprechend wurden zwei Abteilungen aus dem Umweltministerium in das Wirtschaftsministerium eingegliedert). Diese Kompetenzverschiebung zwischen den Ministerien spiegelt sich im aktuellen Diskurs wieder. Zusätzlich dürfte eine Rolle spielen, dass in der aktuellen Regierung beide Ministerien von der SPD besetzt werden, so dass unterschiedliche Positionen zwischen Koalitionspartnern nicht mehr über die Minister ausgetragen werden (können) – anders als in der Vorgängerregierung, in der das Wirtschaftsministerium von der FDP besetzt wurde, das Umweltministerium hingegen von der CDU. Die starke Stellung des Bundeswirtschaftsministeriums dagegen steht im Einklang mit früheren Analysen der deutschen

Energiepolitik. Insbesondere die Blockadehaltung des Wirtschaftsministeriums gerade zu Beginn der grünen Förderpolitik zeigt auf, dass zentrale Entscheidungskompetenzen im Politikfeld der EE seit jeher in ebendiesem Ministerium ansässig sind (*Jacobsson/Lauber 2006; Lauber/Mez 2004*).

Die zweitgrößte Gruppe von Akteuren, die der Interessengruppen, ist deutlich fragmentierter als die Gruppe Politik. Der BDI mit 17 Medienauftritten hebt sich zwar von den anderen Interessengruppen ab, reicht aber mit einem Anteil von 3% weder an die Bedeutung von SPD, Union oder Grünen heran, noch nimmt er innerhalb der Interessengruppen (Anteil 13%) eine auch nur annähernde Stellung ein, wie sie die SPD im Bereich Politik hat. Neben weiteren wirtschaftlichen Interessen (BDEW [8], DIHK [7], BSW [7]) fällt als Akteur mit den zweithäufigsten Medienauftritten der vzbv mit zehn Nennungen auf, der als einziger Verband mit nennenswerter Anzahl an eingebrachten Argumenten nicht wirtschaftliche, sondern Verbraucherinteressen vertritt. Ansonsten zeichnet sich die Gruppe der Verbände und Interessengruppen dadurch aus, dass eine sehr große Anzahl an Akteuren sich jeweils nur einmalig oder sehr wenige Male medial zu Wort meldet, ohne dass es erkenntnisbringend wäre, diese Akteure im Weiteren durchzugehen. Es sei allerdings als Auffälligkeit erwähnt, dass Umweltverbände in diesem Diskurs kaum eine Rolle spielen – anders als etwa in dem von *Linhart/Dhungel (2013)* analysierten Subdiskurs der Biogaserzeugung oder dem von *Gregorowius/Zepp (2006)* untersuchten um die Offshore-Windkraftnutzung. Generell legen *Jacobsson/Lauber (2006)* für frühere politische Aushandlungsprozesse im Bereich der EE dar, dass Umweltverbände immer wieder an progressiven *advocacy coalitions* beteiligt waren (siehe auch *Stefes 2010*). Bei der aktuellen EEG-Novelle fand diesbezüglich offenbar ein Paradigmenwechsel statt, der möglicherweise mit dem Zuständigkeitswechsel weg vom Umweltministerium zu tun hat.

Eine ähnliche Fragmentierung finden wir bei den einzelnen Unternehmen. Jedes einzelne Unternehmen ist im Gesamtdiskurs mit maximal vier Stellungnahmen (entspricht 0,07%) irrelevant. Möglicherweise ist dies weniger überraschend für Unternehmen wie die Deutsche Bahn, BASF oder Thyssen-Krupp, die zwar auf Energie angewiesen sind, aber von der Novelle nur mittelbar betroffen sind. Dass aber die großen Energieerzeuger wie RWE oder EON kaum am öffentlichen Diskurs beteiligt sind, mag überraschen.

Die Medien als insgesamt viertgrößte Gruppe platzieren zwar insgesamt vergleichsweise wenige eigene Argumente. Da nur drei Leitmedien ausgewählt wurden und sich die 47 Auftritte folglich auf genau diese drei Medien aufteilen, besitzen die einzelnen Blätter jedoch ein vergleichsweise gutes Standing. Dies gilt insbesondere für die FAZ, an deren 26 Platzierungen von Argumenten kein Akteur außerhalb des Bereichs Politik heranreicht. Gemessen an der Artikelanzahl der einzelnen Zeitungen, die dieser Analyse zugrunde liegt, bringen alle drei Zeitungen ähnlich oft die eigene Meinung zum Ausdruck (FAZ: 15% Artikel mit Zeitungsmeinung; Welt: 19%; SZ: 16%). Die Rolle der Medien deckt sich in etwa mit den Ergebnissen früherer untersuchter Diskurse.

Unter den Wissenschaftlern schließlich finden sich neben Ökonomen und Umweltwissenschaftlern in diesem Diskurs auch Juristen. Die Beteiligung von Ökonomen und Umweltwissenschaftlern entspricht Erkenntnissen der oben zitierten anderen Studien im Politikfeld Energie. Bestenfalls mag überraschen, dass Umweltwissenschaftler an dem Diskurs beteiligt sind, Umweltverbände aber im Vergleich zu anderen Verbänden kaum.

4.3 Argumente und *Frames* im Diskurs um die EEG-Novelle

In einem zweiten Schritt fokussieren wir auf die Argumente, die in der öffentlichen Auseinandersetzung von Bedeutung sind. Insgesamt lassen sich 887 Argumente⁵ im untersuchten Zeitraum identifizieren, die in dem Diskurs um die EEG-Novelle eine Rolle spielen. Argumente und Forderungen verdichten wir zu insgesamt zehn Deutungsrahmen (*Frames*), indem wir inhaltlich ähnliche Aussagen in gemeinsamen *Frames* verorten. Dabei unterscheiden wir zusätzlich zwischen Argumenten, die Probleme im Zuge der EEG-Novelle herausstellen (negative Äußerungen zur Novelle), und solchen, die betonen, dass keine Probleme durch die EEG-Novelle verursacht werden (positive Äußerungen zur Novelle). Eine dritte Kategorie stellen Forderungen dar, mit denen am Diskurs beteiligte Akteure häufig konkrete Handlungsvorschläge an politische oder wirtschaftliche Akteure herantragen.

Tabelle 3: *Frames* im Diskurs um die Novelle des EEG 2014

Frame	Pro-Argumente (keine Probleme durch EEG Novelle)	Contra-Argumente (Probleme durch EEG Novelle)	Forderungen
Verteilungskonflikte (162) [45; 113; 4]	Die unsolidarische Flucht in die Eigenversorgung wird gestoppt (15), Die EEG-Industrierabatte werden abgebaut (6), Eigenstromproduzenten nutzen öffentliche Infrastruktur und werden künftig mit der EEG-Umlage belastet (6)	Die umfassenden EEG-Industrieausnahmen sind unsolidarisch (34), Die Länder profitieren ungleichmäßig vom Ausbau der EE (24), Die EEG-Umlage für Schienenbahnen belastet die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs (18)	Die EEG-Novelle sollte private Haushalte und Unternehmen nicht gegeneinander ausspielen (4)
Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit (139) [76; 63; 0]	Der Stromkostenanstieg wird gebremst (36), Geringere Fördersätze für die effiziente Solar- und Windenergie sind akzeptabel (7), Die Novelle macht die Energieverwendung kosteneffizienter (5)	Der Stromkostenanstieg wird nicht gebremst (15), Die Kürzung bei der kostengünstigeren Windenergie ist unwirtschaftlich (14), Die Belastung der kostengünstigen Eigenstromenergie ist unwirtschaftlich (9)	-
Umweltverträglichkeit (104) [23; 79; 2]	Die Novelle verlangsamt den Ausbau der EE nicht (12), Die Kürzung der Biogasförderung führt zum Rückgang von Monokulturen (6), Die Beteiligung des Bergbaus an der EEG-Umlage wird dem Klimaschutz gerecht (2)	Die Novelle verlangsamt den Ausbau der EE (29), Die umweltfreundliche Eigenstromerzeugung wird belastet (17), Die EEG-Umlage für Bahnen schwächt den umweltfreundlichen Schienenverkehr (12)	Der Ausbau der EE muss weiter gefördert werden (1) Deutschland benötigt einen Ausstiegsplan aus der Kohlekraft (1)
Wertschöpfung (99) [20; 55; 24]	Industrie und Arbeitsplätze werden nicht gefährdet (14), Unternehmen und Arbeitsplätze im Bereich der EE werden nicht gefährdet (4), Deutschland bleibt ein bedeutender Absatzmarkt für Windenergieanlagen (2)	Die Streichung der Industrierabatte gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze (28), Unternehmen und Arbeitsplätze im Bereich der EE werden gefährdet (12)	Ein Kapazitätsmarkt muss eingerichtet werden (15), Deutsche Unternehmen benötigen günstigeren Strom (8), Die Wirtschaft muss sich an die neuen Rahmenbedingungen anpassen (1)
Planungssicherheit (83) [27; 55; 1]	Die Novellierung sorgt für Investitionen in EE (10), Die Stichtagsregelung gewährleistet Vertrauensschutz (8)	Die Stichtagsregelung verletzt den Vertrauensschutz (23), Es herrscht Planungsunsicherheit (14)	Bestehende Wind- und Solaranlagen müssen Bestands- und Vertrauensschutz genießen (1)

Frame	Pro-Argumente (keine Probleme durch EEG Novelle)	Contra-Argumente (Probleme durch EEG Novelle)	Forderungen
Europäischer Wettbewerb (81) [53; 25; 3]	Die EEG-Industrieausnahmen sichern die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen (46), Die bisherige nationale Ökostromförderung von ausländischen Energieerzeugern ist nicht europarechtskonform (2)	Die EEG-Industrierabatte verzerren den internationalen Wettbewerb (15), Die EEG-Umlage für importierten Strom ist eine zollgleiche Abgabe (6), Eine EU-konforme Marktintegration wird nicht erreicht (2)	EU-Recht muss zugunsten des Klimaschutzes flexibel ausgelegt werden (1), Die deutsche Industrie sollte keine EEG-Nachzahlungen leisten (1), Europäische Energiepolitik darf nicht planwirtschaftlich und national sein (1)
Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit (73) [15; 53; 5]	Der Netzausbauplan verliert seine Gültigkeit nicht (7), Die Novelle stellt Versorgungssicherheit für Bürger und Wirtschaft sicher (6), Kohleverstromung sichert die Energieunabhängigkeit von Russland (2)	Die Kürzung bei grund- und spitzenlastfähigen Biogasanlagen gefährdet die Versorgungssicherheit (23), Die dezentrale Eigenstromerzeugung wird geschwächt (8), Die räumliche Konzentration des Windkraftausbaus destabilisiert die Erzeugerkapazität (5)	Die Versorgungssicherheit muss sichergestellt werden (4), Es werden intelligente Stromnetze benötigt (1)
Politische Unterstützung (66) [42; 24; 0]	Die Novelle ist zu begrüßen (42)	Die Novelle ist nicht zu begrüßen (24)	-
Politischer Prozess (61) [20; 39; 2]	Das hohe Tempo der Gesetzgebung ist angemessen (6), Die EU-Einwände gegen die EEG-Novelle sind rechtzeitig eingebracht worden (4), Die Länder wollen den Gesetzgebungsprozess nicht verlangsamen (3)	Das hohe Tempo untergräbt die Rechte des Bundestages (11), Die konfrontative bayrische Energiepolitik steht unter dem Zeichen der Kommunalwahlen 2014 (7)	Die Nordländer fordern den Ausbau der Windkraft (1), Die Südländer fordern die Förderung von Biomasse (1)
Bürgerbeteiligung (19) [2; 17; 0]	Die Novelle fördert die Akzeptanz der Bürger für die Energiewende (2)	Die Belastung von Eigenstromanlagen gefährdet die Beteiligung der Bürger an der Energiewende (6), Die Novelle stoppt die Demokratisierung der Energiewende (4)	-
Nennungen insgesamt: 887	Pro-Argumente insgesamt: 323	Contra-Argumente insgesamt: 523	Forderungen insgesamt: 41

Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle 3 liefert einen Überblick über die von uns konstruierten *Frames* und die bedeutendsten Argumente und Forderungen innerhalb der jeweiligen Deutungsmuster. Die meisten Nennungen (162) im Diskurs beziehen sich auf die Verteilungswirkung des EEG, wobei von Kritikern besonders häufig die umfangreichen Ausnahmen einzelner Unternehmen vom EEG gemäß der Novelle als unsolidarisch beanstandet werden. Andere Diskursteilnehmer kritisieren, dass die Länder ungleichmäßig vom Ausbau der EE profitieren. Entsprechende Argumente betonen häufig, dass die Reform die Windkraftnutzung in mittleren Lagen schwächt und einige Länder von den wirtschaftlichen Chancen der Windenergie abgeschnitten werden. Wichtigstes Argument der Befürworter in diesem *Frame* stellt der Verweis auf die eingeführte EEG-Umlage für Stromeigenversorger dar. Dadurch könne die „Flucht in die Eigenversorgung“ (siehe etwa *Wetzel 2014*) gestoppt werden, in Folge derer Haushalte, die Kapital für Eigenstromanlagen aufbringen können, durch die eigene Produktion von Energie keine EEG-Umlage zahlen müssen. Auch den Abbau von Industrierabatten heben die Befürworter der Reform hervor.

In den *Frame* „Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit“ – mit 139 Nennungen der zweitgrößte *Frame* des Diskurses – haben Aussagen Einzug gehalten, die die Reform einerseits unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Effizienz betrachten und andererseits auf das absolute Preis- und Kostenniveau der Stromversorgung Bezug nehmen. In diesem *Frame* sehen die meisten Äußerungen keine Probleme als Folge der Reform. Das mit Abstand häufigste Argument stellt die Einschätzung dar, dass der Anstieg der EEG-Umlage und damit der Stromkosten insgesamt abgebremst würden. Des Weiteren argumentieren Befürworter der Reform, dass angesichts der technologischen Fortschritte geringere Fördersätze für die fast marktreifen Technologien der Solar- und Windenergie vertretbar seien. Auf der anderen Seite sind Gegner der Novelle davon überzeugt, dass die Reform die angestrebte Abbremsung des Stromkostenanstiegs nicht erreichen wird, da zu viele Zugeständnisse (z.B. im Bereich der Industrierabatte oder der Förderbedingungen) gemacht worden seien. Andere Kritiker halten dem Gesetz vor, dass die Kürzungen der Windenergie-Förderbedingungen ökonomisch ineffizient seien, da ebendiese Technologie als eine der kostengünstigsten EE besonders förderwürdig sei. Analog wird gegen die Belastung kostengünstiger Eigenstromenergie argumentiert. In diesem *Frame* verfügen die Gegner der Novelle also keinesfalls über eine einheitliche Argumentationslinie. So wird einerseits für eine stärker sinkende EEG-Umlage und andererseits gegen Einschnitte in der Förderung einzelner EE plädiert. Eine geschlossene Front gegen die Reformvorhaben des Bundeswirtschaftsministeriums existiert daher in diesem Punkt nicht.

Argumente und Forderungen, die die ökologischen Effekte der Novelle thematisieren, bilden den drittgrößten *Frame* „Umweltverträglichkeit“ (104 Nennungen). Insbesondere die Frage, inwieweit das Gesetz den Ausbau der EE und damit die Energiewende insgesamt verlangsamt, ist hier umstritten. Es finden sich im Diskurs beide gegensätzlichen Positionen, wobei die Skeptiker in der Mehrheit sind. Andere Gegner der Reform bemängeln, dass mit der EEG-Umlage für die Eigenstromerzeugung eine besonders umweltfreundliche Technologie belastet wird. Als weiteres starkes Argument gegen die EEG-Novelle wird herangeführt, dass die angestrebte EEG-Umlage für Bahnen zu höheren Ticketpreisen führen wird, wodurch eine Verlagerung des Personen- und Warenverkehrs auf die Straße zu erwarten ist mit negativen Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz. Auf der anderen Seite wird betont, dass das Gesetz klimaschädigende Effekte korrigiert: Unterstützer argumentieren, dass die Kürzung der Biogasförderung den Rückgang von Monokulturen bewirkt.

In knapp 100 Stellungnahmen sprechen verschiedene Akteure die Auswirkungen der EEG-Novelle auf deutsche Arbeitsplätze und die in Deutschland erbrachte wirtschaftliche Leistung an, was wir in dem *Frame* „Wertschöpfung“ zusammenfassen. Kennzeichnend für dieses Argumentationsfeld ist der Vorwurf der Reformgegner, dass die Streichung der Industrierabatte und die Verlangsamung der Energiewende Unternehmen und Arbeitsplätze gefährde, was von den Verfechtern der Novelle bestritten wird. Auch eine direkte Gefährdung der Unternehmen selbst, die im Bereich EE tätig sind, wird im Rahmen der Contra-Argumente befürchtet.

In fünf weiteren *Frames* tauchen jeweils zwischen 61 und 83 genannte Argumente auf. Im *Frame* „Planungssicherheit“ wird der Reform besonders vorgehalten, dass der Stichtag für die neuen Förderbedingungen den Vertrauensschutz verletze und zu genereller Planungsunsicherheit führe, was andere Stimmen verneinen und die Reform als Chance begreifen, Investitionen in die EE anzuregen. Ein weiterer Teil der Debatte um die EEG-Novelle 2014 ist durch den Dialog von europäischen und deutschen Akteuren ge-

prägt, der die internationale Konkurrenz deutscher und europäischer Unternehmen unter Energiegesichtspunkten zum Thema hat (*Frame* „Europäischer Wettbewerb“). Befürworter der Reform stellen die Notwendigkeit der EEG-Industrieannahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit heraus, wobei andere Akteure EEG-Ausnahmen mit Hinweis auf die Verzerrung des internationalen Wettbewerbs angreifen. Im *Frame* „Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit“ fassen wir Argumente und Forderungen zusammen, die einerseits die Zuverlässigkeit der Stromversorgung und andererseits die Abhängigkeit von Energieträgerimporten aus dem Ausland thematisieren. Hier halten Kritiker der Reform beispielsweise vor, dass die Kürzungen bei grundlastfähigen Biogasanlagen die Versorgungssicherheit gefährden und die Dezentralität der Energieerzeugung durch die Belastungen der Eigenstromanlagen geschwächt werde. Andererseits wird betont, dass die Novelle keine Neukonzeption des Netzausbauplans notwendig mache, daher mit dem bisherigen Stromversorgungssystem harmoniere und die Versorgungssicherheit insgesamt sichergestellt sei. Im *Frame* „Politische Unterstützung“ finden ebenjene Äußerungen Berücksichtigung, die zwar deutlich werden lassen, ob Position für oder gegen die Reform bezogen wird, allerdings keine inhaltlichen Argumente beinhalten. Im *Frame* „Politischer Prozess“ gruppieren wir Aussagen, die nicht auf inhaltliche Aspekte der Reform eingehen, sondern auf der Metaebene den Gesetzgebungsprozess betrachten. So wird etwa das Tempo des Gesetzgebungsprozesses als zu schnell oder auch als angemessen bezeichnet.

Schließlich existieren vereinzelt Argumente und Forderungen, die auf die Partizipation der Bürger an der Energiewende Bezug nehmen. So weisen einige Wortmeldungen darauf hin, dass die Kürzungen bei den Eigenstromanlagen oder die Belastungen für Bürgerwindparks dazu führen, dass Bürger von den Vorteilen der Energiewende abgeschnitten würden, andere behaupten, der Versuch den Stromkostenanstieg zu bremsen, lasse die Akzeptanz der Bürger für die Energiewende steigen. Mit 19 Nennungen spielt dieser *Frame* „Bürgerbeteiligung“ kaum eine Rolle in dem Diskurs.

In der Gesamtbetrachtung variiert die Bedeutung der einzelnen *Frames* also deutlich. Es ist zu beobachten, dass die *Frames* mit eindeutig ökonomischem Einschlag („Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit“, „Wertschöpfung“ und „Europäischer Wettbewerb“) mit 319 Nennungen und einem Anteil von rund 36% an allen Argumenten und Forderungen im öffentlichen Diskurs eine deutlich stärkere Präsenz besitzen als der *Frame* „Umweltverträglichkeit“, der als einziger eindeutig ökologische Argumentationslinien verfolgt (104 Nennungen, 12% Anteil an allen Nennungen). Diese Beobachtung deckt sich mit den Ergebnissen von *Gregorowius/Zepp* (2006), die für die Branche der Offshore-Windenergie ebenfalls eine Dominanz wirtschaftlicher Deutungsmuster ausmachen konnten, steht aber im Gegensatz zu den Ergebnissen im Biogas-Diskurs (*Linhart/Dhungel* 2013), in dem ökologische Argumente am häufigsten geäußert wurden. Hier spiegelt sich wider, dass entsprechende Akteure (Bundesumweltministerien, Umweltverbände) geringer bis gar nicht am Diskurs beteiligt waren.

Weiter fällt auf, dass Argumente, die der EEG-Novelle kritisch gegenüberstehen (523 Nennungen, 59% Anteil an allen Nennungen), eine deutlich stärkere Wirkung auf den öffentlichen Diskurs ausüben als Argumente, die herausstellen, dass keine Probleme im Zuge der EEG-Novelle auftreten (323 Nennungen, 36% Anteil an allen Nennungen). Lediglich die *Frames* „Europäischer Wettbewerb“ (53 Pro-, 25 Contra-Argumente), „Politische Unterstützung“ (42 Pro-, 24 Contra-Argumente) sowie „Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit“ (76 Pro-, 63 Contra-Argumente) werden von den Unterstützern der Reform dominiert. Dagegen prägen reformkritische Argumente die restlichen *Frames*, am deutlichsten

ten die wichtigen Deutungsfelder „Verteilungskonflikte“ (45 Pro-, 113 Contra-Argumente) und „Umweltverträglichkeit“ (23 Pro-, 79 Contra-Argumente). Forderungen spielen im Diskurs insgesamt eine untergeordnete Rolle (41 Nennungen, 5% Anteil an allen Nennungen).

Die insgesamt 154 unterschiedlichen Argumente und Forderungen mit im statistischen Durchschnitt je rund sechs Nennungen können als Hinweis darauf verstanden werden, dass die Debatte inhaltlich sehr differenziert geführt wird. Selbst das am häufigsten vorkommende Argument, in dem die Wichtigkeit der Industrieausnahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit betont wird, erzielt mit 46 Nennungen lediglich eine relative Häufigkeit von etwa 5% und kann daher keineswegs als diskursbestimmend bezeichnet werden. Dennoch kann beobachtet werden, dass die 20 nennhäufigsten Argumente und Forderungen 51,6% aller Nennungen auf sich konzentrieren. Dagegen können die 100 Aussagen, die am seltensten in der Debatte auftauchen, gerade einmal 20,6% aller Erwähnungen auf sich vereinen.

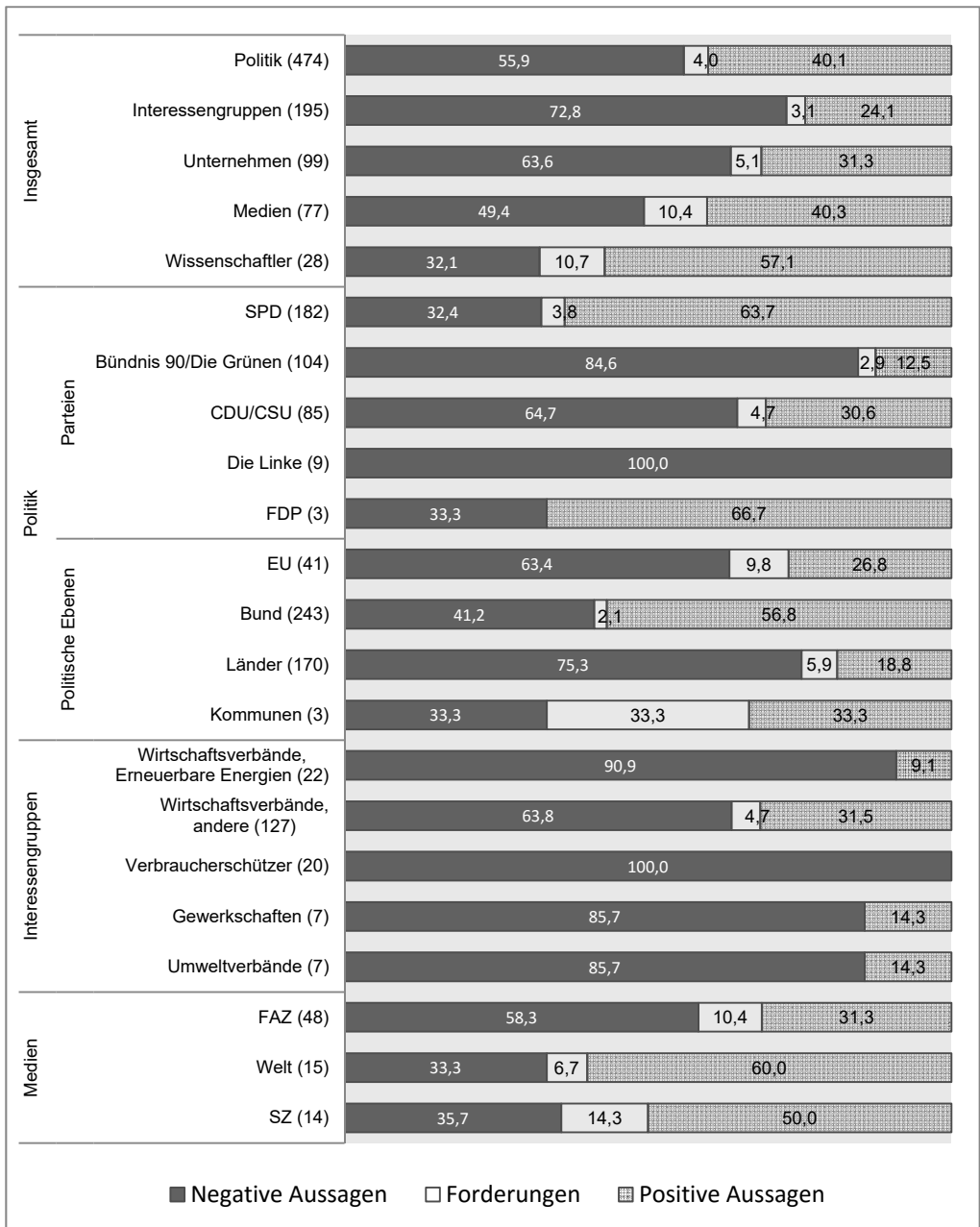
4.4 Inhaltliche Verortung der Akteure im Diskurs

Nachdem wir die den Diskurs prägenden Akteure identifiziert und die vorkommenden Argumente zu größeren *Frames* zusammengefasst haben, stellt sich die Frage, welche argumentativen Positionen die einzelnen Akteure bzw. Gruppen von Akteuren in dem Diskurs einnehmen. Abbildung 1 stellt zunächst dar, wie häufig sich welche Akteure positiv oder negativ zur EEG-Novelle äußern.

Mit der größten Zusammenfassung der Akteure beginnend (oberer Teil der Abbildung), wird deutlich, dass bei nahezu allen Akteursgruppen die negativen Argumente überwiegen. Lediglich die zu Wort kommenden Wissenschaftler äußern sich häufiger zustimmend als ablehnend zur Reform. Interessengruppen und Unternehmen positionieren sich demgegenüber am deutlichsten gegen die Reform. Wenngleich auch hier auf niedrigem Niveau, nutzen Wissenschaftler und Medien ihre Beiträge vergleichsweise häufig, um Forderungen zu stellen.

Schlüsselt man den Bereich Politik nach Parteien auf, fallen die Grünen und die Linke als parlamentarische Oppositionsparteien als besonders kritisch auf. Da es Aufgabe der Opposition ist, die Regierung zu kritisieren, überrascht dies weniger als die ebenfalls überwiegend negativen Äußerungen der CDU/CSU. Obwohl die Novelle des EEG ein gemeinsames Projekt der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD darstellt, sind deutliche Unterschiede in der Bewertung des Reformvorhabens sichtbar. So steht die SPD mit 64% positiven Nennungen im Gegensatz zur Union mehrheitlich hinter dem Gesetzesentwurf des sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsministers. Allerdings scheint in der gegebenen Konstellation ein Anteil von einem Drittel kritischer Stimmen aus der SPD ebenfalls hoch. Die überwiegend positiven Nennungen der FDP dürfen bei drei Äußerungen insgesamt nicht überbewertet werden.

Abbildung 1: Anteile der negativen und positiven Aussagen sowie der Forderungen nach Akteuren



Anmerkung: Die Werte in Klammern geben die Anzahl der Nennungen insgesamt an, die durch den jeweiligen Akteur bzw. die Akteursgruppe getätigt wurden. Die Werte rechts in der Grafik sind in Prozent zu verstehen.

Quelle: eigene Darstellung.

Dass die Fronten zum Teil durch die Parteien hinweg verlaufen, kann auch auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass die EEG-Novelle je nach politischer Ebene unterschiedlich bewertet wird. So fällt das Urteil politischer Akteure auf Bundesebene insgesamt positiv aus. Dass rund 72% der positiven Äußerungen aus den Reihen der SPD stammen und jeweils ein Drittel der negativen Nennungen durch Vertreter der Grünen (37%) und der CDU/CSU (33%) getätigt wird, bestätigt, dass der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition wie auch die oben beschriebenen Differenzen der Koalitionspartner auch auf Bundesebene deutlich zutage treten. Vor allem Akteure auf Länder-Ebene sehen die angestrebten Förderbedingungen dagegen deutlich kritischer – auch aus den Reihen der SPD. Vertreter der Sozialdemokratie liefern hier zusammen mit Politikern der Grünen sogar die meisten Contra-Argumente (jeweils rund 33% Anteil an den negativen Äußerungen). Daher kann ein Großteil der kritischen Stimmen innerhalb der SPD mit dem Widerstand aus den Ländern erklärt werden. Insbesondere Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sehen Nachteile im Zusammenhang mit veränderten Subventionskonditionen. Auch auf EU-Ebene wird die EEG-Novelle insgesamt abgelehnt, da besonders die EU-Kommission Verzerrungen im europäischen Wettbewerb befürchtet.

Für eine genauere Betrachtung der Interessengruppen gruppieren wir diese zu Wirtschaftsverbänden, Verbraucherschützern, Gewerkschaften und Umweltverbänden. Bei den Wirtschaftsverbänden differenzieren wir zusätzlich zwischen solchen, die Unternehmen im Bereich der EE vertreten und sonstigen Wirtschaftsverbänden. Es lassen sich für die Untergruppen zwar Unterschiede im Ausmaß der Ablehnung feststellen, gleichwohl sind überwiegend kritische Äußerungen zur Novelle von allen Typen von Interessengruppen zu hören. Die sonstigen Wirtschaftsverbände heben sich insofern ab, als von ihnen deutlich mehr positive Äußerungen zur Novelle zu vernehmen sind als von anderen Interessengruppen. Die Wirtschaftsverbände der EE-Unternehmen hingegen liegen in ihrer Ablehnung etwa auf dem Niveau von Umweltverbänden und Gewerkschaften.

Die Meinung der Presse zur Reform fällt je nach betrachteter Zeitung unterschiedlich aus. Während die Welt und die SZ die Novelle mehrheitlich verteidigen, lehnen Autoren der FAZ sie mehrheitlich ab. Dies unterstreicht, dass die Medienauswahl nicht zufällig geschehen darf, sondern wie in unserem Fall klaren Kriterien folgen muss. Zugleich wird deutlich, dass unterschiedliche Ausrichtungen verschiedener Zeitungen sich durchaus an den Ergebnissen ablesen lassen.

Neben dem Grad der Ablehnung oder Zustimmung ist für die Frage, welche Akteure sinnvollerweise *advocacy coalitions* miteinander bilden, um so Argumente gemeinsam oder auch ergänzend vorzutragen, vor allem von Interesse, in welchen *Frames* ein Akteur argumentiert. Tabelle 4 bietet einen entsprechenden Überblick, dem zu entnehmen ist, welche Gruppen von Akteuren ihre Argumente wie stark in welchen *Frames* platzieren.

Tabelle 4: Prozentuale Verteilungen der Nennungen einzelner Akteure auf die *Frames*

Frame \ Akteur (Nennungen)	Verteilungskonflikte	Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit	Umweltverträglichkeit	Wertschöpfung	Planungssicherheit	Europäischer Wettbewerb	Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit	Politische Unterstützung	Politischer Prozess	Bürgerbeteiligung
Insgesamt										
Politik (474)	15,0	16,9	9,9	7,0	9,3	10,8	9,7	9,7	10,5	1,3
Interessengruppen (195)	21,5	11,3	17,4	15,9	8,7	8,2	6,2	5,6	1,0	4,1
Unternehmen (99)	15,2	14,1	12,1	21,2	16,2	6,1	8,1	3,0	1,0	3,0
Medien (77)	29,9	16,9	10,4	14,3	2,6	2,6	7,8	3,9	10,4	1,3
Wissenschaftler (28)	35,7	25,0	0,0	3,6	10,7	17,9	3,6	3,6	0,0	0,0
Politik/ Parteien										
SPD (182)	16,5	24,7	7,1	6,6	9,3	8,2	3,8	14,3	8,2	1,1
Bündnis90/Die Grünen (104)	16,3	10,6	24,0	7,7	7,7	1,9	8,7	7,7	13,5	1,9
CDU/CSU (85)	7,1	15,3	2,4	9,4	15,3	4,7	23,5	9,4	12,9	0,0
Die Linke (9)	22,2	11,1	33,3	0,0	0,0	0,0	0,0	11,1	22,2	0,0
FDP (3)	0,0	0,0	0,0	66,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	33,3
Politik/ Politische Ebene										
EU (41)	14,6	4,9	0,0	4,9	2,4	61,0	2,4	2,4	7,3	0,0
Bund (243)	14,4	21,4	9,1	5,3	9,1	9,5	6,2	11,1	11,9	2,1
Länder (170)	14,1	13,5	11,8	11,2	13,5	1,8	17,1	8,2	7,1	1,8
Kommunen (3)	66,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	33,3	0,0	0,0	0,0
Interessengruppen										
Wirtschaftsverbände, Erneuerbare Energien (22)	9,1	0,0	27,3	22,7	22,7	0,0	9,1	4,5	0,0	4,5
Wirtschaftsverbände, andere (127)	18,9	13,4	11,8	19,7	7,9	11,0	7,9	7,1	1,6	0,8
Verbraucherschützer (20)	50,0	5,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	30,0
Gewerkschaften (7)	14,3	0,0	42,9	14,3	14,3	14,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Umweltverbände (7)	0,0	28,6	57,1	0,0	0,0	0,0	0,0	14,3	0,0	0,0
Medien										
FAZ (48)	33,3	16,7	8,3	12,5	4,2	0,0	8,3	4,2	10,4	2,1
Welt (15)	26,7	20,0	6,7	20,0	0,0	13,3	0,0	6,7	6,7	0,0
SZ (14)	21,4	14,3	21,4	14,3	0,0	0,0	14,3	0,0	14,3	0,0
Alle Akteure	18,3	15,7	11,7	11,2	9,4	9,1	8,2	7,4	6,9	2,1

Quelle: eigene Darstellung.

Es wird deutlich, dass unterschiedliche Akteure bzw. Gruppen von Akteuren den Diskurs durchaus unterschiedlich führen. Interessengruppen, Medien und Wissenschaftler tätigen am häufigsten Aussagen, die dem *Frame* „Verteilungskonflikte“ zuzuordnen sind. Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass insbesondere Interessengruppen den öffentlichen Diskurs suchen, um die Bedeutung der eigenen Anliegen in Abgrenzung zu Forderungen anderer Verbände argumentativ darzulegen und damit Verteilungskonflikte zu thematisieren. Dagegen legen Akteure im Bereich Politik in ihren Argumenten und Forderungen am häufigsten die Auswirkungen der Reform auf die Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung und das absolute Preisniveau dar. Da die Reform gemäß Bundeswirt-

schaftsminister Sigmar Gabriel das ausdrückliche Ziel verfolgt, die Stromkostendynamik abzuschwächen, mag es nicht verwundern, dass dieses Argumentationsfeld die Äußerungen von Politikern am deutlichsten prägt. Unternehmen gehen in ihren Äußerungen vor allem auf die Folgen der Reform für die ökonomische Leistung und die Planungssicherheit der deutschen Wirtschaft ein und legen damit – wie zu erwarten – zumeist die eigene Betroffenheit von den gesetzlichen Regelungen dar.

Es passt ins Bild, dass die Grünen ihre meisten Argumente im *Frame* „Umweltverträglichkeit“ platzieren. Auch die Linke kritisiert besonders die Auswirkungen der Förderkürzungen auf Natur und Umwelt. Das oben bereits genannte Ziel Sigmar Gabriels macht plausibel, dass speziell die SPD ihre positive Haltung zur Reform besonders über das Themenfeld „Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit“ und damit über den Verweis auf einen abgebremsen Stromkostenanstieg zum Ausdruck bringt. CDU und CSU schließlich verweisen überdurchschnittlich stark auf die Versorgungssicherheit der Energieerzeugung und die Abhängigkeit von Energieimporten. Im Zuge der Krimkrise und des Ukraine Konflikts ab Frühjahr 2014 wurde hier vermehrt über die Abhängigkeit von russischen Gasimporten diskutiert. Dies unterstreicht, dass das Konzept der Sicherheit für die CDU/CSU ein zentrales, identitätsstiftendes Themenfeld darstellt (siehe etwa *Magyar-Haas/Grube* 2009, S. 40f.).

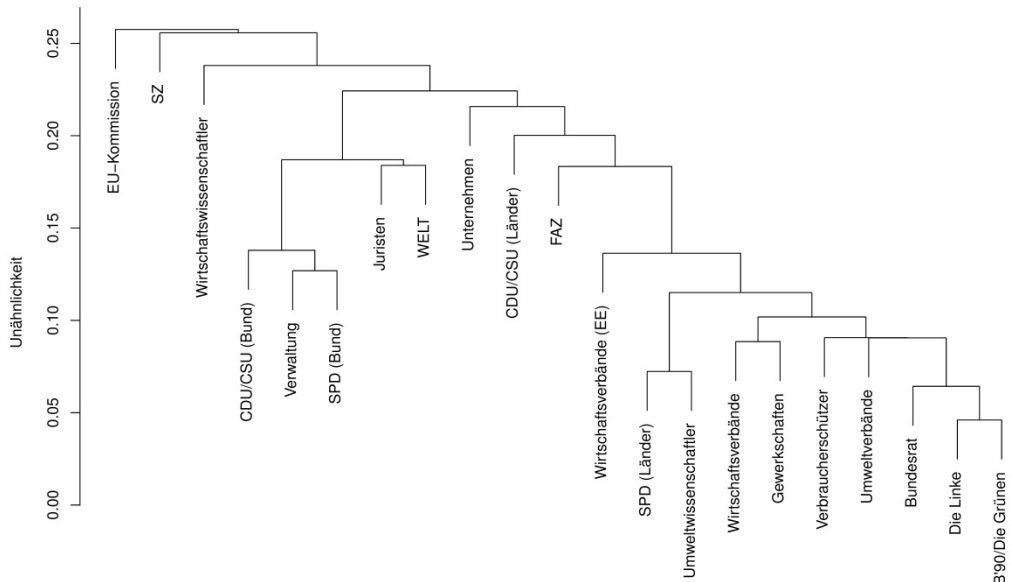
Große Unterschiede lassen sich auch bei einer Aufschlüsselung nach der politischen Ebene erkennen. Die Relevanz von Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit für die Bundesebene entspricht wieder der bereits erwähnten primären Zielsetzung des Bundesgesetzes. Die meisten Anmerkungen der EU finden sich hingegen – wenig verwunderlich – im *Frame* „Europäischer Wettbewerb“ und fokussieren wettbewerbspolitische Effekte der Reform. Die Länder messen dagegen der Versorgungssicherheit einen hohen Wert bei, wohl auch, da die Dezentralisierung der Energieversorgung für einen gleichmäßigen Ausbau der EE in den Ländern sorgen kann.

Unter den Interessengruppen kritisieren besonders Umweltverbände die mangelnde Umweltverträglichkeit der Bestimmungen. Doch auch Wirtschaftsverbände aus den EE und Gewerkschaften verwenden für ihre ablehnende Haltung umweltpolitische Argumente überdurchschnittlich stark und nicht etwa Hinweise auf erschwerte Produktionsbedingungen wie andere Wirtschaftsverbände. Als Grund für diese Beobachtung kann das Interesse sowohl der „grünen“ Wirtschaftsverbände als auch der Umweltverbände an großzügigeren Förderbedingungen angeführt werden. Für andere Wirtschaftsverbände dagegen sind vor allem die Regelungen der Industrierabatte und das generelle Stromkostenniveau von Bedeutung. Verbraucherschützer betonen in ihren Wortbeiträgen überproportional stark, dass die Reform negative verteilungspolitische Effekte induziert und Verbraucher durch die Reform schlechter gestellt werden. Daneben befürchten sie eine erschwerte Partizipation der Bürger an der Energiewende und liefern so einen wesentlichen Anteil an Argumenten im *Frame* „Bürgerbeteiligung“.

Die unterschiedliche Ausrichtung unterschiedlicher Medien ist auch an Tabelle 4 erkennbar. Zwar beteiligen sich Autoren aller untersuchten Zeitungen am stärksten am verteilungspolitischen Subdiskurs, die Anteile variieren aber deutlich von rund einem Fünftel der Argumente (SZ) bis rund einem Drittel (FAZ). Die SZ besitzt einen weiteren Schwerpunkt im Bereich „Umweltverträglichkeit“. Auch bei den anderen *Frames* zeigen sich größere Unterschiede zwischen den Zeitungen, etwa hohe Werte der Welt bei Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit, Wertschöpfung sowie Europäischer Wettbewerb, oder vergleichsweise viele Äußerungen von Autoren der SZ zur Versorgungssicherheit und zum politischen Prozess.

Um über diese visuelle Inspektion hinaus zu identifizieren, welche Akteure sich argumentativ ähneln und welche sich unterscheiden, haben wir eine hierarchisch-agglomerative Clusteranalyse durchgeführt, wobei die Häufigkeit der Besetzung der einzelnen *Frames* – weiter unterschieden nach positiven und negativen Äußerungen sowie Forderungen – die Grundlage für das Ähnlichkeitsmaß der Clusteranalyse bildet (vgl. *Linhart/Dhungel 2013*).⁶

Abbildung 2: *Advocacy coalitions* im Diskurs um die EEG-Novelle gemäß einer Clusteranalyse



Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 2 zeigt das Ergebnis und macht erneut deutlich, dass es eine breite Front an Gegnern der Novelle gibt, die auf vergleichsweise niedrigem Unähnlichkeitsniveau clustern – beginnend mit den Oppositionsparteien, dem Bundesrat und Interessengruppen von Umweltverbänden, Verbraucherschützern bis hin zu Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, wobei die die EE Branche vertretenden Verbände sich noch vergleichsweise stark von dieser Allianz abheben. Auch die SPD-Äußerungen aus den Ländern stoßen eher in die Richtung dieses Bündnisses.

Die Unionsparteien, die insgesamt der Novelle überwiegend ablehnend gegenüberstehen (vgl. Abbildung 1), clustern dieser Analyse nach gemeinsam mit der Verwaltung am ehesten mit der SPD, solange man die Akteure auf Bundesebene separat betrachtet. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass sich die CDU-Vertreter auf Bundesebene positiver äußern als auf Landesebene, andererseits damit, dass für die Clusterung auch eine Rolle spielt, welche *Frames* ein Akteur argumentativ besetzt. Die SPD kann sich demnach offensichtlich stärker auf ihren Koalitionspartner verlassen, als es bei einer einfachen Auszählung positiver versus negativer Äußerungen zunächst scheint. Dennoch bleibt korrekt, dass zwar auch die Juristen und die Kommentatoren der Welt noch eher mit dem Regierungslager clustern, dass dem aber eine breite gesellschaftliche Opposition gegenüber steht.

Die Bedeutung der *Frames* für die Cluster erklärt auch die Isolation der EU-Kommission, der SZ und der Wirtschaftswissenschaftler in dem Diskurs. Alle drei Akteure besetzen eher spezielle *Frames*, von denen sie sich von den übrigen Akteuren stark unterscheiden. Im Fall der Kommission kommt dies zustande, da sich Befürworter und Gegner der Reform zeitweise gemeinsam gegen diejenigen Forderungen der EU stellen, die auf vollständige Abschaffung der Industrierabatte, den Wegfall der EEG-Umlage für importierten Strom oder die EEG-Förderung für ausländische Grünstromerzeuger zielen. Die SZ und die Wirtschaftswissenschaftler stehen der Reform zum einen eher positiv gegenüber, was diese Akteure bereits isoliert, zum anderen kombinieren sie *Frames*, die andere Akteure eher nicht gleichzeitig nutzen.

5 Zusammenfassung und Fazit

Abschließend können mehrere Erkenntnisse über den Diskurs der Novelle des EEG 2014 zusammengefasst werden: Erstens wird der Diskurs maßgeblich von Akteuren aus dem Bereich Politik geprägt. Unter den Parteien meldet sich die SPD am häufigsten zu Wort; betrachtet man die politischen Ebenen, so prägen Akteure aus den Ländern den Diskurs ähnlich stark wie Akteure auf Bundesebene. Den Interessengruppen kommt dagegen eine deutlich untergeordnete Rolle zu, vor allem Umweltverbände beteiligen sich kaum am Diskurs.

Zweitens lassen sich Aussagen über die inhaltliche Struktur des Diskurses ableiten. Zunächst lässt sich feststellen, dass die Reform wesentlich häufiger kritisiert als verteidigt wird. Weiterhin überwiegen ökonomische gegenüber ökologischen Argumenten. Insbesondere spielen Äußerungen eine Rolle, die auf Verteilungswirkungen des EEG Bezug nehmen oder dessen Wirtschaftlichkeit thematisieren.

Drittens kann aufgedeckt werden, welche Akteure welche inhaltlichen Positionen vertreten. So wird deutlich, dass Vertreter von Parteien und politischen Institutionen häufig die Höhe der Stromkosten kritisieren oder die Effizienz der neuen Bestimmungen in Frage stellen. Interessengruppen und Medien bemängeln besonders die Verteilungswirkungen des EEG, die von Wissenschaftlern dagegen als unproblematisch eingeschätzt werden. Unternehmen suchen oft die mediale Plattform, um auf Beeinträchtigungen der Produktionsbedingungen hinzuweisen.

Hieraus lässt sich viertens ableiten, welche Akteure in diesem Diskurs wechselseitige Fürsprecher sein können und welche potenziell Gegenspieler in dem Diskurs sind. Die SPD als größter Fürsprecher der Novelle unter den Parteien findet nur vereinzelt Unterstützung für das Vorhaben ihres Vorsitzenden und Wirtschaftsministers, Sigmar Gabriel. Am ehesten kann sie auf die Wissenschaft setzen, die jedoch nur ein geringes Standing im öffentlichen Diskurs besitzt, sowie auf Teile der Presse, etwa die Welt und die SZ. Als problematisch muss angesehen werden, dass es der SPD offenbar nicht gelang, die eigenen Reihen vorab intern zu schließen und damit einen in der Öffentlichkeit augenscheinlich werdenden Dissens zu vermeiden. Dies betrifft zum einen die überwiegend negativen Äußerungen durch die Koalitionspartner, CDU und CSU, zum anderen Sozialdemokraten, die in den Bundesländern Verantwortung tragen. Die Oppositionsparteien, Grüne und Linke, die die Novelle ablehnen, können auf eine breite argumentative Unterstützung verschiedenster Interessengruppen bauen. Dies reicht von Gewerkschaften und Verbraucherschützern über Umweltverbände bis hin zu Wirtschaftsverbänden, die in den EE tätige

Unternehmen vertreten. Hierbei ist für die Opposition hilfreich, dass die Kritik einerseits in die gleiche Stoßrichtung wie deren Argumentation geht, indem sie die Umweltverträglichkeit der Novelle bemängelt, zusätzlich aber diese Kritik ausweitet, wenn sich etwa Verbraucherschützer im wichtigen *Frame* Verteilungskonflikte negativ äußern. Auch die überwiegend negativen Aussagen von anderen politischen Ebenen, vor allem durch die Bundesländer, helfen der Opposition dabei, glaubhaft Kritik an der Regierung zu üben.

Bezieht man über die grundsätzliche Frage der Zustimmung oder Ablehnung hinaus auch mit ein, welche *Frames* Akteure vorwiegend besetzen, so wird die Spaltung der SPD zwischen Bundes- und Landesebene noch deutlicher. Ebenso lässt sich das breite Bündnis visualisieren, das der Bundes-SPD entgegensteht. Abgemildert werden muss hingegen die Aussage eines koalitionsinternen Dissenses. Die Bundes-CDU und -CSU gehören zu den Akteuren, die am ehesten ähnlich wie die Bundes-SPD um den Wirtschaftsminister argumentieren.

Selbstverständlich wollen wir auch Limitationen unserer Studie nicht verschweigen. Insbesondere mit Blick auf die Konstruktion der *Frames* und die Interpretation darauf aufbauender Ergebnisse muss auf die Subjektivität der Methode hingewiesen werden, bei deren Replikation andere Forscher durchaus zu abweichenden Ergebnissen kommen können. Dies gilt vor allem für die Frage, wie grob oder fein das *Frame*-System gewählt wird. Entsprechend sind andere als die in der vorliegenden Arbeit verwendeten *Frames* denkbar. Im Hinblick auf unsere Arbeit bleibt jedoch festzuhalten, dass die Feinheit der gewählten Systematisierung die inhaltliche Struktur des Diskurses aufdeckt, ohne sich in Details zu verlieren. Außerdem ist eine hinreichend starke Trennschärfe gegeben, sodass die *Frames* deutliche Aussagen etwa über die inhaltlichen Standpunkte von Akteuren treffen.

Weiterhin deutet sich an, dass die Auswahl der untersuchten Medien das Ergebnis von Diskursanalysen maßgeblich beeinflusst. Die eigenen Aussagen durch die untersuchten Medien variieren deutlich von Zeitung zu Zeitung. Aus diesem Grund haben wir klare Kriterien bei der Selektion der Zeitungen herangezogen. Dennoch ist klar, dass unsere Ergebnisse mindestens in Nuancen variieren, wenn einzelne Medien hinzugefügt oder entfernt werden. Insbesondere können wir nicht ausschließen, dass sich die Ergebnisse für etwa Online-Medien oder den Rundfunk anders gestalten. Eine solche – sicherlich wichtige – Überprüfung kann im Rahmen dieses Aufsatzes allerdings nicht geleistet werden, sondern bleibt Aufgabe für weitere Forschung.

Schließlich steht der Diskurs um die EEG-Novelle nur stellvertretend für die medialen Auseinandersetzungen in der Energiepolitik insgesamt. Ob dieser Diskurs tatsächlich repräsentativ für energiepolitische Debatten in Deutschland ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Zwar finden wir Übereinstimmungen mit den wenigen vergleichbaren Studien. Aufgrund nicht vollständig kongruenter Forschungsdesigns lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aber nur bedingt aufzeigen. Für weitere Untersuchungen ist daher von Interesse, ob die aufgedeckten Deutungsmuster auch in angrenzenden Diskursen zu entdecken sind.

Was wir über den von uns untersuchten Fall hinaus lernen können, ist, dass Meinungshoheit über Themen politischen Akteuren offenbar in der Tat wichtig ist – andernfalls würden Akteure verschiedener Parteien und politischer Ebenen ebenso wie Verbände sich nicht so zahlreich und kontrovers äußern. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass einzelne Akteure sehr unterschiedlich erfolgreich im Bemühen um ein starkes öffentliches Standing sind. Dass gerade die Wissenschaft wenig Gehör findet, mag diskussionswürdig

sein. Gleichzeitig zeigt unsere Methode auch für andere Fälle auf, wie *advocacy coalitions* identifiziert werden können. Teile der Ergebnisse mögen hierbei unspektakulär sein – wie etwa ein Gegensatz zwischen Regierung und Opposition –; es kann aber auch untersucht werden, wie geschlossen Parteien und Regierungen sind, welche Verbände welchen Parteien argumentativ beistehen oder welche Seite die wissenschaftsnäheren Positionen vertritt. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass es Regierungen entgegen des obigen *Bender/Reulecke*-Zitats offensichtlich durchaus gelingen kann, Vorhaben auch gegen breite gesellschaftliche Bündnisse durchzusetzen. Ob wir diesbezüglich einen eher ungewöhnlichen Fall untersucht haben oder die Rolle der medialen Öffentlichkeit womöglich überschätzt wird, müssen weitere Studien zeigen.

Anmerkungen

- 1 Wir danken drei anonymen Gutachtern für wertvolle Verbesserungsvorschläge.
- 2 Siehe aber *Stefes* (2010), der sich anderweitig mit *advocacy coalitions* im Bereich EE auseinandergesetzt hat.
- 3 Vgl. hierzu auch detaillierter *Noweski* (2011, S. 486), der den Diskurs zu EE im Zusammenhang mit ausreifenden Politikfeldern diskutiert.
- 4 Zwar endet mit dem Tag der Beschlussfassung im Bundestag nicht unmittelbar die Berichterstattung. Der öffentliche Wettbewerb um Inhalte, die in dieses Gesetz einfließen sollen, kann allerdings spätestens dann als beendet betrachtet werden. Änderungswünsche des Bundesrats, der sich drei Wochen später mit dem Gesetz befasste, waren zu diesem Zeitpunkt bereits eingearbeitet (*Bundesrat* 2014).
- 5 Diese Anzahl übertrifft die Anzahl der 598 Medienauftritte aller Akteure, da mitunter in einer Stellungnahme mehrere Argumente untergebracht wurden.
- 6 Als Distanzmaß wurde Cramérs V herangezogen (vgl. *Linhart/Dhungel* 2013), auf dessen Basis mittels des Single-Linkage-Verfahrens diejenigen Gruppen vereinigt wurden, die die geringste Unähnlichkeit aufweisen.

Literatur

- Althoff, Jans*, 2008: Der Faktor Glaubwürdigkeit in Wahlkämpfen. Aufbau, Verlust und Verteidigung durch professionalisierte Kommunikationsstrategien, Münster: LIT Verlag.
- Baumgartner, Frank R./Berry, Jeffrey M./Hojnacki, Marie/Kimball, David C./Leech, Beth L.*, 2009: Lobbying and policy change: who wins, who loses, and why, Chicago: University of Chicago Press.
- Bender, Gunnar/Reulecke, Lutz*, 2004: Handbuch des deutschen Lobbyisten. Wie ein modernes und transparentes Politikmanagement funktioniert, 2. Aufl., Frankfurt: FAZ-Institut.
- Bernhardt, Johannes*, 2013: Windenergienutzung in Deutschland. Historische Entwicklung, politische Rahmenbedingungen, ausgewählte Akteure und Konflikte, in: *Engels, Anita* (Hrsg.), Global transformations towards a low carbon society, 8 (Working Paper Series), Hamburg: University of Hamburg/ KlimaCampus, S. 1-39.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*, 2014: Zweiter Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/zweiter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand 24.06. 2015).
- Bundesrat*, 2014: Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). <http://www.bundesrat.de/DE/plenum/themen/eeg/eeg.html> (Stand 04.09.2015).
- Burningham, Kate/Barnett, Julie/Walker, Gordon*, 2015: An array of deficits. Unpacking NIMBY discourses in wind energy developers' conceptualizations of their local opponents, in: *Society & Natural Resources*, 28(3), S. 246-260.
- Ergen, Timur*, 2015. Große Hoffnungen und brüchige Koalitionen – Industrie, Politik und die schwierige Durchsetzung der Photovoltaik, Frankfurt am Main: Campus.

- Ferree, Myra M./Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter*, 2002: Shaping abortion discourse, democracy and the public sphere in Germany and the United States, Cambridge: Cambridge University Press.
- Foucault, Michel*, 1972: *L'ordre du discours*, Paris: Gallimard.
- Gabriel, Oscar W./Kornelius, Bernhard*, 2011: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 42(4), S. 784-804.
- Gamson, William A./Modigliani, Andre*, 1989: Media discourse and public opinion on nuclear power. A constructionist approach, in: *American Journal of Sociology*, 95(1), S. 1-37.
- Gebauer, Klaus-Eckart*, 1998: Regierungskommunikation, in: *Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich* (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 464-472.
- Gitlin, Todd*, 1980: *The whole world is watching*, Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Goffman, Erving*, 1974: *Frame analysis. An essay on the organization of experience*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press.
- Gothe, Heiko*, 2011: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierte Machtwechsel in Mainz, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 42(4), S. 764-783.
- Gregorowius, Daniel/Zepp, Harald*, 2006: Offshore-Windkraftnutzung in der Deutschen Bucht. Was denken die Akteure?, in: *Europa Regional*, 14(2), S. 117-131.
- Hellige, Hans Dieter*, 2013: Transformationen und Transformationsblockaden im deutschen Energiesystem. Eine strukturgenetische Betrachtung der aktuellen Energiewende, in: *Radtke, Jörg/Hennig, Bettina* (Hrsg.), *Die Energiewende nach Fukushima. Beiträge aus der Wissenschaft*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 37-75.
- Herbes, Carsten/Jirka, Eva/Braun, Jan Philipp/Pukall, Klaus*, 2014a: Der gesellschaftliche Diskurs um den ‚Maisdeckel‘ vor und nach der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012, in: *GAiA*, 23(2), S. 100-108.
- Herbes, Carsten/Pusisek, Andrej/McKenna, Russell/Balussou, David*, 2014b: Überraschende Diskrepanz bei Biogas: lokal akzeptiert, global umstritten, in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, 64(5), S. 53-56.
- Hess, Sebastian/von Cramon-Taubadel, Stephan/Zschache, Ulrike/Theuvsen, Ludwig/Kleinschmit, Daniela*, 2012: Explaining the puzzling persistence of restrictions on seasonal farm labour in Germany, in: *European Review of Agricultural Economics*, 39(4), S. 707-728.
- IVW – Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern*, 2015: Datenbank mit den IVW-Quartalsauflagen. Tageszeitungen Gesamtliste. <http://daten.ivw.eu/index.php?Menuid=1111&u=&p=&b=a&t=Tageszeitungen+Gesamtliste> (Stand: 27.04.2015).
- Jacobs, David*, 2012: *Renewable energy policy convergence in the EU: the evolution of feed-in tariffs in Germany, Spain and France*, Farnham: Ashgate Publishing.
- Jacobsson, Staffan/Lauber, Volkmar*, 2006: The politics and policy of energy system transformation. Explaining the German diffusion of renewable energy technology, in: *Energy Policy*, 34(3), S. 256-276.
- Jahn, Detlef/Korolczuk, Sebastian*, 2012: German exceptionalism. The end of nuclear energy in Germany, in: *Environmental Politics*, 21(1), S. 159-164.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick*, 2011: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Jun, Uwe*, 2009: Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie, in: *Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara* (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 270-295.
- Kahl, Wolfgang*, 2015: Das novellierte EEG 2014: Umlagepflicht und Befreiungen im Lichte der Grundrechte, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, 2(1), S. 185-204.
- Kahl, Wolfgang/Bews, James*, 2015: Das Recht der Energiewende – Rechtspolitische Perspektiven für mehr Effektivität und Kohärenz, in: *JuristenZeitung*, 70(5), S. 232-239.
- Keller, Reiner*, 2011: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag.
- Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke*, 2006: ‚Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste‘. Zum Potential der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft: Einleitung, in: *Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke* (Hrsg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-30.

- Kivimaa, Paula/Mickwitz, Per*, 2011: Public policy as a part of transforming energy systems. Framing bioenergy in Finnish energy policy, in: *Journal of Cleaner Production*, 19(16), S. 1812-1821.
- Klingemann, Hans-Dieter/Volmer, Katrin*, 1998: Politische Kommunikation als Wahlkampfkommunikation, in: *Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich* (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 396-405.
- Klüver, Heike*, 2012: Die Macht der Informationen. Eine empirische Analyse von Lobbyerfolg in der Europäischen Union, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 53(2), S. 211-239.
- Langenbacher, Wolfgang R./Lipp, Michael*, 1982: Kontrollieren Parteien die politische Kommunikation?, in: *Raschke, Joachim* (Hrsg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Leske + Budrich, S. 217-234.
- Lauber, Volkmar/Mez, Lutz*, 2004: Three decades of renewable electricity policies in Germany, in: *Energy & Environment*, 15(4), S. 599-623.
- Leifeld, Philip*, 2013: Reconceptualizing major policy change in the advocacy coalition framework: a discourse network analysis of German pension politics, in: *Policy Studies Journal*, 41(1), S. 169-198.
- Linhart, Eric/Dhungel, Anna-Katharina*, 2013: Das Thema Vermaisung im öffentlichen Diskurs, in: *Berichte über Landwirtschaft*, 91(2), S. 1-24.
- Linhart, Eric/Windwehr, Jana*, 2012: Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 43(3), S. 579-597.
- Magyar-Haas, Veronika/Grube, Norbert*, 2009: Sicherheit. Anspruch – Versprechen – Utopie, in: *Soziale Passagen*, 1(1), S. 35-48.
- Manza, Jeff/Cook, Fay L.*, 2001: Policy responsiveness to public opinion. The state of the debate, Working Paper 01–06, Easton: Department of Sociology, Northwestern University.
- Mast, Claudia/Stehle, Helena/Krüger, Florian*, 2010: Themen, Akteure und Strategien – Eckpunkte erfolgreicher Energiekommunikation: Ergebnisse der Studie Energiekommunikation, Stuttgart: Universität Hohenheim.
- Mast, Claudia/Stehle, Helena/Krüger, Florian*, 2011: Kommunikationsfeld Strom, Gas und Wasser: brisante Zukunftsthemen in der Öffentlichkeit, Berlin: LIT Verlag.
- Mautz, Rüdiger*, 2012: Atomausstieg und was dann? Probleme staatlicher Steuerung der Energiewende, in: *der moderne staat*, 5, S. 149-168.
- Noweski, Michael*, 2011: Ausreifende Politikfelder. Perspektiven einer Theorie, in: *der moderne Staat*, 4(2), S. 481-494.
- ohne Autor*, 2007: Interviews/Portraits, in: *Kleinfeld, Ralf/Zimmer, Annette/Willems, Ulrich* (Hrsg.), *Lobbying: Strukturen, Akteure, Strategien*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 240-280.
- Pfetsch, Barbara*, 1999: Government news management. Strategic communication in comparative perspective, Discussion Paper FS III 99-101, Berlin: Social Center Berlin for Social Research.
- Rudzio, Wolfgang*, 2011: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 8. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag.
- Sabatier, Paul A.*, 1987: Knowledge, policy-oriented learning, and policy change. An advocacy coalition framework, in: *Science Communication*, 8(4), S. 649-692.
- Sabatier, Paul A.*, 1988: An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein, in: *Policy Sciences*, 21(2/3), S. 129-168.
- Sarcinelli, Ulrich*, 2011: *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Scheufele, Dietram A./Tewksbury, David*, 2006: Framing, agenda setting, and priming. The evolution of three media effects models, in: *Journal of Communication*, 57(1), S. 9-20.
- Schneider, Volker/Janning, Frank/Leifeld, Philip/Malang, Thomas*, 2009: *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schulz, Winfried*, 2011: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Sebaldt, Martin*, 1997: *Organisierter Pluralismus: Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander*, 2004: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Speth, Rudolf*, 2010: Das Bezugssystem Politik – Lobby – Öffentlichkeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 60(19), S. 9-15.
- Stefes, Christoph H.*, 2010: Bypassing Germany's Reformstau. The remarkable rise of renewable energy, in: *German Politics*, 19(2), S. 148-163.
- Tosun, Jale/Fleig, Achim/Debus, Marc*, 2015: Bürger, Parteien und die Energiewende: Eine Analyse am Beispiel des hessischen Energiegipfels, in: *der moderne staat*, 8(1), S. 153-171.
- Tosun, Jale/Lang, Achim*, 2016: The politics of hydraulic fracturing in Germany: an analysis of discourse networks, in: *Weible, Christoph/Ingold, Karin/Fischer, Manuel/Heikkila, Tanya* (Hrsg.), *Mapping the political landscapes of hydraulic fracturing*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Ullrich, Peter*, 2008: Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick, in: *Freikamp, Ulrike/Leanza, Matthias/Mende, Janne/Müller, Stefan/Ullrich, Peter/Voss, Heinz-Jürgen* (Hrsg.), *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 19-32.
- von Alemann, Ulrich/Eckert, Florian*, 2006: Lobbyismus als Schattenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 56(15-16), S. 3-10.
- von Beyme, Klaus*, 1980: Interessengruppen in der Demokratie, München: Piper.
- Voss, Kathrin*, 2010: Grassrootscampaigning und Chancen durch neue Medien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 60(19), S. 28-33.
- Vossler, Christian*, 2014: Entwicklung und Reformmöglichkeiten des EEG aus Sicht der neuen politischen Ökonomie, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, 37(2), S. 198-223.
- Vowe, Gerhard/Dohle, Marco*, 2007: Politische Kommunikation im Umbruch. Neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48(2), S. 228-259.
- Wetzel, Daniel*, 2014: Wirtschaft fordert schon die nächste Ökostrom-Reform, in: *Die Welt*, 08.04.2014, S. 10.
- White, David M.*, 1950: The ‚gate keeper‘. A study in the selection of news, in: *Journalism Quarterly*, 27, S. 383-390.

Anschriften der Autorin und der Autoren:

Oke Bahnsen, Institut für Agrarökonomie, Universität Kiel, Wilhelm-Seelig-Platz 7, 24098 Kiel

E-Mail: obahnse@ae.uni-kiel.de

Prof. Dr. Eric Linhart, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz

E-Mail: eric.linhart@phil.tu-chemnitz.de

Prof. Dr. Jale Tosun, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg

E-Mail: jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de

(Korrespondenzadresse)